


www.laender-analysen.de/ukraine

EU-UKRAINE PARLAMENTSWAHL AKTUELLE TENDENZEN AN DER MOHYLA-AKADEMIE AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN

| | | | |
|---|----|--|----|
| ■ ANALYSE | | ■ KOMMENTAR | |
| Die Ukraine – strategischer Partner | 2 | »Insel der Freiheit« oder Insel der »Freiheit«? | |
| Von Dieter Bingen und Kazimierz Wóycicki im Namen des deutsch-polnischen Gesprächskreises <i>Kopernikus-Gruppe</i> , Darmstadt und Warschau | | Aktuelle Entwicklungen an der Kiewer Mohyla-Akademie | 13 |
| | | Von Oleksandra Bienert, Berlin | |
| ■ DOKUMENTATION | | ■ STATISTIK | |
| Pressestimmen zur Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012 | 5 | Aktuelle Wirtschaftsdaten | 16 |
| Umfragen zur Parlamentswahl | 8 | ■ CHRONIK | |
| ■ KOMMENTAR | | Vom 15. November bis zum 11. Dezember 2012 | 19 |
| Umgang mit alternativer Kunst: Die Ausstellung »Ukrainischer Körper« an der Mohyla Akademie | 11 | ■ LESETIPPS | 21 |
| Von Serhij Hirik, Kiew | | | |

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 22. Januar 2013. Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes Jahr 2013.



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen



Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine – strategischer Partner

Von Dieter Bingen und Kazimierz Wóycicki im Namen des deutsch-polnischen Gesprächskreises *Kopernikus-Gruppe*, Darmstadt und Warschau

Zusammenfassung

Die Ukraine besitzt strategische Bedeutung für Europa und für die Europäische Union, die vor dem Dilemma steht, die Grundwerte europäischer Demokratie deutlich zu machen, andererseits aber keine Entscheidung zu fällen, die die Ukraine aus ihrer demokratischen Bringschuld entlässt. Nur eine klare Benennung der »Hausaufgaben«, die die Ukraine in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit erfüllen muss, können den Weg zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens noch frei machen. Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit könnte der EU-Politik gegenüber der Ukraine wesentliche Impulse geben. Dabei wird man nicht um die Frage herum kommen, ob der Ukraine – in einer langfristigen Perspektive – eine Chance des späteren EU-Beitritts zugesprochen werden sollte. Deutschland und Polen tragen eine besondere Verantwortung, und sie haben die meisten Möglichkeiten für ein wirksames Engagement.

Einleitung

Die Ukraine besitzt strategische Bedeutung für Europa. Sie ist nach Russland Europas größter Flächenstaat und liegt zwischen der Ostgrenze der EU und Russland. Ob die Ukraine sich eher der Europäischen Union oder Russland zuwendet, hat Konsequenzen für die politische Architektur Europas. Die derzeitigen politischen Machthaber in der Ukraine haben in den letzten Jahren kein klares Signal zu ihrer langfristigen Ausrichtung auf die EU gegeben. Im Gegenteil: Der Machtapparat um Präsident Wiktor Janukowytsch hat mit seiner Politik der politischen Einschüchterung und strafrechtlichen Verfolgung der Opposition bis zur Verhaftung von Julija Tymoschenko, mit der massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie mit den schwerwiegenden Manipulationen bei den jüngsten Parlamentswahlen gezeigt, dass ihm Demokratie und Menschenrechte nicht wichtig sind.

Eine positive Perspektive für die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine ist nicht erkennbar. Die EU steht damit vor der Frage, wie angesichts dieser Entwicklungen mit dem ausgehandelten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine umgegangen werden soll.

Das Assoziierungsabkommen – Lackmустest für die EU und die Ukraine

Im November 2012 wird der Rat der EU-Außenminister die Frage des paraphierten, aber noch nicht unterzeichneten Assoziierungsvertrags zwischen der EU und der Ukraine diskutieren. Die EU steht dabei vor dem Dilemma, die Grundwerte europäischer Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Menschen- und Bürgerrechte auch der ukrainischen Regierung deutlich zu machen, andererseits aber keine Entscheidung zu fällen, die die Ukraine aus ihrer demokratischen Bringschuld entlässt.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Mangel an Demokratie von der Europäischen Union zum

Vorwand genommen wird, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und sie wie bisher – mit Schaden für Europa – weiterhin nicht als strategischen Partner zu betrachten. Es ist nicht im Interesse Europas, dass die Ukraine nicht »normal« funktioniert, obwohl Russland alles tut, damit es so bleibt wie es ist.

Nur eine klare Positionierung der Ukraine zu den aufgetretenen Wahlfälschungen sowie seitens der EU eine klare Benennung der »Hausaufgaben«, die die Ukraine in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit erfüllen muss, können den Weg zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens noch frei machen. Als Termin könnte das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im Herbst 2013 dienen. Die Führung in der Ukraine bekäme damit die Chance, sich politisch zu »rehabilitieren«. Die Gewährung einer langfristigen Beitrittsperspektive für die Ukraine, könnte einen solchen »Läuterungsprozess« sicherlich beschleunigen.

Es scheint klar, dass niemand in der Ukraine eine erneute Anbindung an Russland ernsthaft erwägt, selbst die regierenden Oligarchen nicht. Allerdings sind viele in der Ukraine an der derzeitigen »Grauzone« zwischen EU und Russland interessiert. Der Ukraine klarzumachen, dass dieser Zustand eines Wechselspiels zwischen Russland und der EU nicht der Weg zu einem Assoziierungsabkommen ist, das wird die derzeit wichtigste Aufgabe für die EU sein.

Somit wird ein grundsätzliches Dilemma der EU-Politik – den Druck auf die Machthaber zu verstärken oder diese verstärkt zu unterstützen – aufgelöst. Richtig erscheint es, beide Arten von Maßnahmen zu ergreifen, doch ausschlaggebend wird die Gewichtung der Proportionen zwischen deren Umfang und Richtung sowie der Instrumente der Unterstützung sein.

Sich nur auf Druck zu beschränken, wäre einseitig und könnte gegenüber der Ukraine als ein bequemer Vorwand zur Marginalisierung der Diskussion und der

Aktivitäten dienen. Einem Versuch der Erpressung seitens der ukrainischen Führung, die für den Fall einer zu starken europäischen Kritik eine Hinwendung zu Russland andeutet, darf nicht nachgegeben werden.

Trotz der Gefahr eines weiteren Verlusts gesellschaftlicher Kohärenz muss man auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine bauen. Die wurde im Westen kaum hinreichend wahrgenommen und noch weniger befriedigend unterstützt, wenn es auch verschiedene international begleitete zivilgesellschaftliche Projekte gab und gibt. Aber die Solidarität ist lohnend. Denn die proeuropäische Einstellung nimmt in der jüngeren Generation immer weiter zu, obwohl die europäische Frage in der Ukraine nicht entschieden ist. Es scheint auch so, dass ein Teil der Gesellschaft nach der Enttäuschung im Zusammenhang mit der vorwiegend selbst verschuldeten Niederlage der Eliten der Orangen Revolution nach neuen Formen zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements sucht. Gegenüber solchen Bemühungen und Haltungen darf die Politik der EU nicht gleichgültig bleiben. Hier sollte mittel- und langfristig angesetzt werden.

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Politik gegenüber der Ukraine

Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit könnte der EU-Politik gegenüber der Ukraine wesentliche Impulse geben. Dem entgegenstehende Stereotype von einem einseitigen und unkritischen polnischen Engagement für die Ukraine sowie einer deutschen Gleichgültigkeit und Fixierung allein auf Russland sind nicht mehr aktuell. Beide Regierungen erkennen die Bedeutung der Ukraine an und sehen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zugunsten einer Annäherung der Ukraine an die Europäische Union. Allerdings könnten sich angesichts einer anhaltenden Patt-Situation in Bezug auf das Assoziierungsabkommen die deutsch-polnischen Differenzen in Bezug auf die Ukraine verstärken. Während aus Sicht der polnischen Eliten nur die Gewährung einer langfristigen Beitrittsperspektive für die Ukraine helfen könnte, die anstehenden Reformen im Sinne des Assoziierungsabkommens in Gang zu setzen, betrachtet die Bundesregierung die Zuerkennung einer Beitrittsperspektive für die Ukraine derzeit mit großer Skepsis.

Wie die Erfahrungen der Staaten Mitteleuropas, darunter auch Polens, zeigen, haben die seit Anfang der 1990er Jahre unterbreiteten konkreten Vorschläge von Seiten der europäischen Gemeinschaften, einschließlich der Unterzeichnung von Assoziierungsverträgen, die dortigen Eliten und Gesellschaften dafür mobilisiert, sich der Anstrengung von Reformen zu unterziehen. Bedeutung hatten derlei Ermutigung und Unterstützung aus einzelnen EU-Mitgliedsländern, insbeson-

dere aus Deutschland, nicht zuletzt gegenüber Polen (im Nachbarschaftsvertrag von 1991). Allerdings hatten diese Länder von Anfang an die Perspektive, der EU beizutreten. Dieses »Licht am Ende des Tunnels« hat zu einer dementsprechenden Mobilisierung der Gesellschaften und politischen Eliten in den Staaten Ostmitteleuropas geführt.

Im Falle der Ukraine darf man nicht erwarten, dass alles genau nach einem vergleichbaren Muster funktioniert, doch man wird nicht um die Frage herum kommen, ob – in einer langfristigen Perspektive – eine solche Chance des späteren Beitritts nicht auch der Ukraine zugesprochen werden sollte.

Deutschland und Polen sind innerhalb der EU-27 die Länder und Gesellschaften, die an der Ukraine am meisten interessiert und mit ihr am stärksten verflochten sind. Sie tragen eine besondere Verantwortung, und sie haben die meisten Möglichkeiten eines wirksamen Engagements.

Empfehlungen

Die Unterstützung aus der Europäischen Union für die Ukraine sollte eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, die vor allem auf die Zivilgesellschaft in der Ukraine, aber auch auf die ukrainische Führung abzielen.

Konsequente Bemühungen um eine Abschaffung der Visapflicht für die Ukraine

Ausgangspunkt sollte die Beschleunigung der Umsetzung des Aktionsplans der EU zur Visaliberalisierung sein. Hier sind Zeichen und Instrumente von Seiten der EU gefordert, angefangen mit der Verringerung der Visakosten. Die Gewährleistung maximaler Reisefreiheit für ukrainische Wissenschaftler und Kulturschaffende sowie Studierende wäre eine sichtbare und wirksame Maßnahme der Öffnung.

Anbahnung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens

Wir schlagen vor, die Optionen offen zu halten, das heißt, den Ratifizierungsprozess des Abkommens in Gang zu setzen und damit die Ukraine in das Regelwerk einzubinden. Denn das ist der Hebel: Die Ukraine wird durch Korruption und Rechtsunsicherheit regiert. Die ukrainische Seite ist in diesem Punkt also im Debet. Der Assoziierungsvertrag schafft Verpflichtung.

Damit wird eine vertragliche Anbindung der Ukraine keine »Belohnung« für die Einschränkungen grundlegender politischer Freiheiten sein, sondern ein Signal an die fast 50 % der Wähler, die sich für eine proeuropäische Option entschieden haben. So haben sich die politischen Führer der größten Oppositions-

parteien ungeachtet des Verlaufs der Wahlen zugunsten des Assoziierungsvertrags ausgesprochen.

Zugleich wäre es ein falsches Signal, den Teil des Assoziierungsvertrages, der den freien Handel betrifft (DCFTA), »herauszunehmen« und ihn gesondert zu unterzeichnen. Die ukrainische Führung fordert seit langem, nur diesen Teil zu unterzeichnen. Die Europäische Union lehnt eine solche Lösung bislang ab, hat sie doch richtig erkannt, dass der Teil, der die Wirtschaft betrifft, die »Rosinen« des Vertrages darstellen, die angeboten werden, damit sich die Ukraine verpflichtet, die Prinzipien des Rechts und der Demokratie zu wahren, von denen in den übrigen Teilen des Vertrages die Rede ist. Wenn die EU hier ihre Meinung ändern sollte, würde sie dies in ein negatives Licht rücken und mangelnde Konsequenz beweisen. Zugleich würde dies den ukrainischen Machthabern erlauben, den Erfolg einseitig für sich zu vereinnahmen.

Was zur Stärkung der ukrainischen Zivilgesellschaft getan werden kann

Parallel zu Gesprächen mit der ukrainischen Regierung und der Festlegung einer gemeinsamen Position unter den EU-Partnern gilt es, die ukrainische Gesellschaft über die Europäische Union zu informieren. Nur wenn entsprechende Informationen über Inhalt und Bedeutung des Assoziierungsvertrages vermittelt werden, wird die politische Unterstützung der ukrainischen Bürger für dieses Projekt gewährleistet. Ausschlaggebend sind dabei die Langfristigkeit und Systematik der zu ergreifenden Maßnahmen, denn kurzfristige Aktionen werden die Nachhaltigkeit des Bemühens um eine dauerhafte Anbindung der Ukraine an Europa nicht sicherstellen können.

Das bereits existierende Netzwerk von Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen aus den drei Ländern gilt es weiter zu fördern und seine Infrastruktur weiter auszubauen. Dies wird zur Stärkung eines unabhängigen und selbstständigen dritten Sektors sowie des akademischen Lebens in der Ukraine führen.

Wir regen an, dass die Möglichkeiten für junge Ukrainer, an Austauschprogrammen teilzunehmen,

deutlich vergrößert werden. Dazu wäre beispielweise ein Sonderfonds für das Deutsch-Polnische Jugendwerk aufzulegen, aus dem in größerem Umfang als heute der deutsch-polnisch-ukrainische Austausch gefördert werden könnte. Es sollte auch dafür gesorgt werden, dass sich die EU-Jugendförderprogramme für Schüler und Studenten aus der Ukraine mehr und mehr öffnen. Denn durch die Begegnung mit Gleichaltrigen aus demokratischen Ländern Europas und anderen Staaten werden junge Ukrainer die Chance haben, die Grundsätze und Möglichkeiten zu erfahren, die das demokratische System bietet.

Journalistenaustausch

Eine besonders wichtige Berufsgruppe, mit der ein Austausch sinnvoll ist, bleiben die Journalisten. Untersuchungen zeigen, dass Personen, die westliche Länder besuchen, objektiver über die Europäische Union schreiben und für Veränderungen im eigenen Land eintreten. Längerfristige Praktikums- und Austauschprogramme für Journalisten aus der Ukraine sind daher auszubauen.

Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen

Besondere Aktivitäten sind auf die ukrainischen Unternehmen auszurichten, um diese davon zu überzeugen, dass eine Anbindung der Ukraine an die Europäische Union und insbesondere die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ihnen direkte Vorteile bringt.

- Dabei gilt es, die ukrainischen Partner für einen Dialog ausfindig zu machen und mit ihnen das Gespräch kontinuierlich zu führen.
- Überlegenswert wäre die Förderung kleiner und mittlerer ukrainischer Unternehmen durch Sondermittel.

Nachdrücklich ist zu betonen, dass allein die Tatsache einer sichtbaren deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ukraine die Möglichkeit bietet, für die europäische Idee und die Europäische Union zu werben. Dadurch wird verdeutlicht, was die EU versinnbildlicht und fördert: multilaterale Zusammenarbeit, die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln und zur Überwindung nationaler Schranken. Diese Perspektive benötigt die Ukraine – heute mehr denn je.

Vom 4. bis 7. Oktober 2012 traf sich auf Einladung des Deutschen Polen-Instituts und des Osteuropa-Studiums der Universität Warschau die aus deutschen und polnischen Experten bestehende Kopernikus-Gruppe zu ihrer sechszwanzigsten Sitzung in Kiew. Auf Einladung der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie führte die Kopernikus-Gruppe zahlreiche intensive Gespräche über die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation in der Ukraine am Vorabend der Parlamentswahlen. Das vorliegende Arbeitspapier fasst die gemeinsamen Überlegungen der Mitglieder der Kopernikus-Gruppe im Kontext der Wahlen zur Werchowna Rada am 28. Oktober 2012 zusammen.

Das Projekt »Kopernikus-Gruppe« wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Pressestimmen zur Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012

Das zerstörte Bild »ehrlicher« Wahlen

Ukrainska Prawda, Kiew, 08.11.2012, Nikolaj Gusew

Für die Opposition wäre es nicht nötig sondern sogar schädlich gewesen, eine Parlamentsmehrheit zu erringen – vielmehr müssen die Präsidentschaftswahlen 2015 gewonnen werden. Und das kann nur unter einer Voraussetzung erfolgen: Der schmerzhafteste Prozess einer Einigung und Abstimmung der Positionen zwischen Freiheit, Vaterland und UDAR muss schon im Parlament beginnen.

Das Ergebnis des Prozesses sollte eine gemeinsame Kandidatur sein, die in den Wahlen 2015 eine Aussicht auf Erfolg gegen Janukowytsch hat. Und, so zynisch das auch klingen mag, Julija Tymoschenkos Gefängnisarrest kann der Einigung nur dienlich sein. Sicher werden Jazenjuk, Klytschko und Tjahnibok in der Lage sein, mit Blick auf die politischen Realitäten 2014–2015 diese Frage unter sich zu klären. Doch nicht Julija Wladimirowna.

Stellen wir uns einmal hypothetisch vor, dass Wiktor Janukowytsch seinen klugen Beratern folgt (was glücklicherweise ausgeschlossen ist), Tymoschenko freilässt und ihr die Möglichkeit gibt, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Für einen Sieg der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen 2015 könnte man sich nichts Schlimmeres vorstellen.

Tymoschenko wird sich nie und nimmer auf etwas geringeres als die alleinige Kandidatur bei diesen Wahlen einlassen. Doch entweder wird das die Opposition zerreißen – oder sie akzeptiert die Forderungen des Blocks Tymoschenko und handelt sich eine garantierte Niederlage gegen Janukowytsch im zweiten Wahlgang ein.

<http://www.pravda.com.ua/rus/columns/2012/11/8/6976451/>

Man hat die Ukraine aufgegeben

DePo.ua (Delowoj Portal), Kiew, 12.11.2012, Ekaterina Prischtschepa, Jarema Gorodschuk

Der ukrainischen Macht spielt in die Hand, dass sowohl die EU als auch die USA mit eigenen Problemen ausgelastet sind. Brüssel sucht nach zumindest kurzer Entlastung in der ernstesten Finanzkrise, die die Einheit der Europäischen Union bedroht.

Zudem finden in weniger als einem Jahr Parlamentswahlen in Deutschland statt, das eine führende Rolle in der EU spielt. Aus diesem Grund sind die politischen Eliten mit ihren eigenen parlamentarischen Kampagnen beschäftigt, und sogar die geringe Aufmerksamkeit, die man der Ukraine im Moment schenkt, verschwindet möglicherweise bald komplett.

Die USA könnten denselben Weg gehen, da aus den vergangenen Wahlen der amtierende Präsident Barack Obama hervorging, dessen Interesse für die Ukraine auch zuvor nicht eben ausgeprägt war. Davon abgesehen strebt der Chef des Weißen Hauses – nach seinem Wahlprogramm zu urteilen – eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland an. Folglich kann von einem ernsthaften Tauwetter in den Beziehungen zu Kiew keine Rede sein.

http://www.depo.ua/ru/delovaja-stolica/2012_arhiv-nomerov-ds/nojabr_2012/46-600/92932.htm

Das Volk fürchtet sich nicht mehr vor der Macht

Kommentarii, Kiew, 2.11.2012, Oleh Polischtschuk

In ihrer »blau-weißen« Zone hat die Partei der Regionen in bedeutendem Maße Stimmen mit der Kommunistischen Partei getauscht, die verglichen mit den Parlamentswahlen von 2007 ihr Resultat mehr als verdoppeln konnte. Doch das ist auch die einzige gute Nachricht für die »russische Welt«.

Die restlichen Ergebnisse der Parlamentswahlen sind beunruhigend, sowohl für den Kreml als auch und vor allem für die Bankowaja [Sitz des Präsidenten, Anm. d. Red.]. Die erste und wichtigste unangenehme Neuigkeit besteht darin, dass die oppositionelle Trojka aus Vaterland, UDAR und Freiheit die Parlamentswahlen faktisch gewonnen hat, und das bei totaler Ausschöpfung administrativer Ressourcen: Wäre das Parlament, wie zuvor, nur nach Parteilisten gewählt worden, hätte die Dreierkoalition nun eine parlamentarische Mehrheit mit 240–250 Mandaten. Sicher, jetzt hofft die Partei der Regionen auf die von ihr kontrollierten selbstaufgestellten Kandidaten aus den Einerwahlkreisen (wofür ja überhaupt wieder zum gemischten Wahlsystem gewechselt wurde), jedoch wird die Parlamentsmehrheit der Macht in den Augen der meisten Ukrainer illegitim aussehen.

<http://gazeta.comments.ua/?art=1351768704>

Der Weg nach Westen verschlossen

FAZ, Frankfurt a. M., 29.10.2012, Reinhard Vesper

Nach dem ebenso verheerenden wie zutreffenden Urteil der internationalen Beobachter über die ukrainische Parlamentswahl ist für die Ukraine der Weg nach Westen vorerst verschlossen. Falls es in Kiew nicht bald grundlegende

Veränderungen gibt, wird das ausgehandelte Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU als Dokument der Vergeblichkeit in die Archive wandern. Die EU kann nicht anders handeln, wenn sie als Wertegemeinschaft glaubwürdig bleiben will.

Das ist für beide Seiten schlecht, für beide aus demselben Grund: Damit wächst die Gefahr, dass Präsident Janukowitsch das Land zum Zwecke des Machterhalts in den russischen Orbit führt. Dann wäre eine demokratische Entwicklung der Ukraine, die – wie das Wahlergebnis zeigt – immer noch von vielen Ukrainern gewünscht wird, nicht nur von den Machtverhältnissen in Kiew, sondern auch noch von denen in Moskau abhängig. Zur Voraussetzung für eine demokratische Ukraine würde ein Russland ohne Putin. Die EU und der Westen insgesamt würden damit nicht nur einen möglichen Partner verlieren.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-in-der-ukraine-der-weg-nach-westen-verschlossen-11942973.html>

Die Ukraine braucht ein Signal aus der EU

Die Welt, Berlin, 29.10.2012, Gerhard Gnauck

Wenn Wahlergebnisse beeinflusst werden sollen, passiert das weniger am Wahltag selbst, sondern vorher oder hinterher. Das meinen auch die Wahlbeobachter der OSZE, wenn sie von einem Rückschritt für die Demokratie im Land sprechen. Trotz alledem: Die Wahlen in der Ukraine sind, wie kürzlich jene in Georgien, von der Prozedur her eher positiv zu bewerten.

Betrüblicher sind andere Signale: Die Enttäuschung vieler Wähler hat dem Land mit 58 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1991 beschert. Der Frust hat die Extreme gestärkt: Die Kommunisten sind nach längerer Pause wieder zweistellig. Die Nationalisten sind erstmals im Parlament.

Darüber darf sich die Regierungspartei von Präsident Viktor Janukowitsch, die die Wahlen gewonnen hat, nun gerade nicht beklagen. Sie hat in ihrem irrsinnigen Kampf gegen die demokratische Opposition dazu beigetragen, dass die Partei von Julia Timoschenko 2010 in Lemberg nicht an den Regionalwahlen teilnehmen durfte.

Die Wähler schalteten in den nächsten, radikaleren Gang und wählten die Nationalisten. Sie wurden am Sonntag in Lemberg stärkste Partei. Eins plus eins macht zwei, auch in der Ukraine.

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article110346715/Die-Ukraine-braucht-ein-Signal-aus-der-EU.html>

Klitschko und Timoschenko können die Ukraine nur gemeinsam retten

Die ZEIT, Hamburg, 30.10.2012, Steffen Dobbert

Vitali Klitschko kann ein weiterer neuer Hoffnungsträger für das Land werden. Aus dem Stand überzeugte seine Udar-Partei mit dem Ziel, die Korruption zu bekämpfen, etwa 14 Prozent der Wähler.

Im neuen Parlament müssen Timoschenko und Klitschko nun gemeinsam opponieren. Dabei brauchen sie ein Europa, das unterstützt, das sich interessiert und die Brüche der Rechtsstaatlichkeit kritisiert.

Der ehemalige Boxer muss sich mit der Inhaftierten verbünden. Drei Jahre haben sie Zeit. 2015, bei der Präsidentschaftswahl, werden sie nur unter zwei Voraussetzungen die Ukraine vor der Autokratie bewahren können. Erstens müssen sie sich auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen. Und zweitens müssen sie jene Menschen zurückgewinnen, die den Glauben an die Veränderungskraft der Politik verloren haben. Das ist die größte, vielleicht unmögliche Herausforderung.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-10/ukraine-wahl-betrug-waehlerwille>

Gastbeitrag: Nach den Wahlen verliert die Ukraine an Handlungsspielraum

Financial Times, London, 07.11.2012, Andrew Wilson

Die Überzeugung, dass einigermaßen saubere Wahlen es Brüssel erlauben würden, dem Assoziierungsabkommen mit Kiew, das seit Dezember 2011 auf Eis liegt, grünes Licht zu geben, war in jedem Falle hoffnungslos optimistisch.

Die EU muss ihre Bedingungen für stärkere Verbindungen zur Ukraine klarer definieren. Diese müssen drei Kriterien enthalten: die Abhaltung von Wahlen, Maßnahmen gegen die selektive Anwendung des Rechts und die Reformagenda für das Assoziierungsabkommen.

Ohne Fortschritt in diesen Bereichen, und insbesondere ohne Anzeichen auf einen Kompromiss im Fall der inhaftierten Oppositionsführerin Julija Tymoschenko, war es zu keiner Zeit wahrscheinlich, dass das Abkommen von EU-Schlüsselstaaten, die mit Skepsis auf die Ukraine blicken, unterzeichnet werden könnte.

Nun gibt es Gerüchte, dass der EU-Ukraine-Gipfel auf das kommende Jahr verschoben werden soll. Das sollte den Entscheidungsträgern in der EU Zeit geben, einen kreativeren Ansatz zu entwerfen – irgendwo zwischen grünem Licht und roter Linie.

<http://blogs.ft.com/beyond-brics/2012/11/07/guest-post-after-the-elections-ukraine-is-losing-room-for-manoeuvre/#axzz2C747P8WP>

Die ukrainischen Wahlen und das russische Modell

Washington Post, Washington, D.C., 29.10.2012, Will Englund

Witalij Klytschko, Boxchampion und Chef einer neuen Partei mit Namen UDAR, erklärte bei einer Pressekonferenz am Montag, er wünsche sich einen Zusammenschluss der Oppositionsgruppen, um die Ukraine auf einen »demokratischen Weg« zu bringen und das »Janukowytsch-Regime« zu beseitigen.

Es ist ungewiss, ob sie dazu in der Lage wären, selbst wenn ihnen die Vereinigung gelänge. Doch im Gegensatz zu Putin, der sich jüngst lautstarker Kritik ausgesetzt sah, kann Janukowytsch keine Öl- oder Gaseinkommen über das Land verteilen. Er hat Gehälter und staatliche Zuschüsse erhöht, ohne einen Finanzierungsweg für die Zeit nach der Wahl aufzuzeigen. Seine Kritiker glauben, dass ihm der politische Verstand Putins fehle, den dieser nutzte, um sich an der Spitze Russlands fest zu etablieren. [...]

Janukowytschs Oligarchenfreunde scheinen, anstatt ihn zu fürchten, sich vom ihm distanzieren zu wollen. Rinat Achmetow, ein Geschäftsmann aus Donezk und einer der reichsten Magnaten der Ukraine, verzichtete auf seinen Parlamentssitz. Er ist zur Zeit stärker an einer Verbesserung seines eigenen Images interessiert, sagte Jewhen Stratiwskij, ein Donezker Blogger. Janukowytsch und die Partei der Regionen eignen sich nicht dafür.

http://www.washingtonpost.com/world/europe/monitors-decry-ukraine-election/2012/10/29/6a5049e6-21d3-11e2-8448-81b1ce7d6978_story.html

Russland kann sich in der Ukraine auf niemanden verlassen

Nesawisimaja Gaseta, Moskau, 19.11.2012, Tatjana Iwshenko

In einem Monat nimmt in der Ukraine das neue Parlament seine Arbeit auf. Es zeichnet sich besonders durch die Abwesenheit politischer Kräfte aus, die eine Partnerschaft mit Russland anstreben. Eine solche Situation besteht zum ersten Mal. Das oppositionelle Lager wurde um die nationalistische Partei »Freiheit« ergänzt, von der kaum eine freundschaftliche Einstellung zu Russland zu erwarten ist. Und die als prorussisch geltenden Parteien – die Partei der Regionen und die Kommunistische Partei – nutzen offensichtlich bloß wohlklingende Phrasen über die Freundschaft der Brudervölker, ohne in Wirklichkeit eine Annäherung anzustreben. Russland kann sich in der Ukraine auf niemanden mehr verlassen. Und diese Situation wird sich bis zu den Präsidentschaftswahlen 2015 nicht ändern.

Wenn im Laufe der vergangenen Wahlkampagnen in der Ukraine die Frage nach so etwas wie einem russischen Faktor aufgekommen war, so wurde in diesem Jahr noch nicht einmal die Erinnerung daran wach. In Kiew kümmerte alle ausschließlich die Meinung des Westens, der zum ersten Mal zum Haupteinflussfaktor wurde.

http://www.ng.ru/cis/2012-11-19/7_ukraina.html

Die Demonstration endet, der Markt beginnt

Nowaja Gaseta, Moskau, 14.11.2012, Olga Musafrowa

Sogar mit Fälschungen und Betrug während der Stimmauszählung, Missbrauch administrativer Ressourcen und Schlägereien mit Beteiligung der Spezialeinheit »Berkut« hat die Opposition in der Summe nur fünf Mandate weniger erhalten als die Partei der Macht. Wenn sie nun entscheidet, ihre Parteilisten zu »annullieren« [d. h. die Mandate nicht anzunehmen, Anm. d. Red.] verlöre das Parlament seine Legitimität (von 450 Abgeordneten blieben weniger als 300). Solch ein Vorgehen verlangte ernsthafte juristische Unterstützung. Dafür würde es den Weg für wiederholte Parlamentswahlen und in der Folge auch für vorgezogene Präsidentschaftswahlen frei machen. [...]

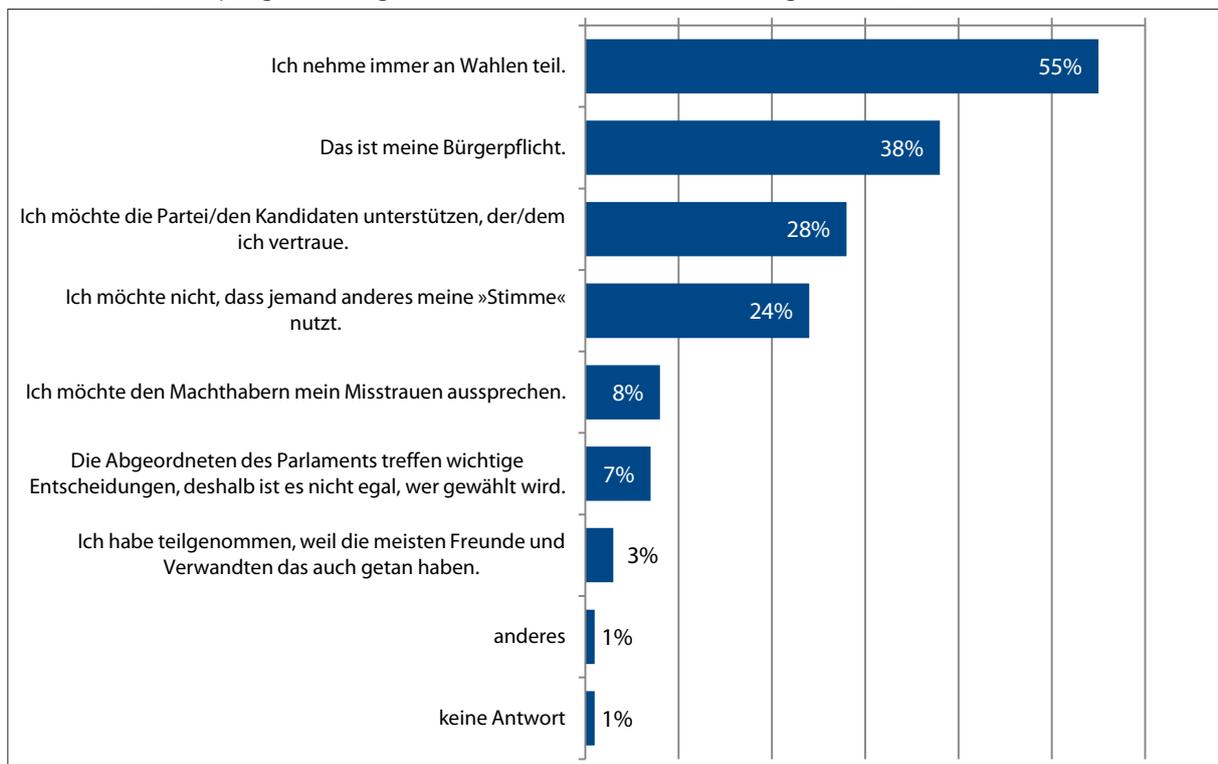
Die Führer der drei Oppositionskräfte kamen jeden Abend zum Gebäude der Zentralen Wahlkommission. Es war jedoch erkennbar: zu »Annullierung« und erneutem Kampf ist lediglich Anatolij Hryzenko bereit, der ehemalige Verteidigungsminister und Vorsitzende des zuständigen parlamentarischen Ausschusses. Die restlichen wiegen offenbar den Spatz in der Hand: Und wenn die zweite Möglichkeit sich nicht als besser, sondern als schlechter herausstellt? Der Wähler ist müde, es gibt kein Geld mehr für Kampagnen, um Julijas [Tymoschenkos, Anm. d. Red.] Gesundheit ist es natürlich schade, doch noch schlimmer wäre es, die Mandate aufzugeben ... Ins Mikrofon sagen sie natürlich etwas anderes. Sie halten die Spannung.

<http://www.nowaygazeta.ru/politics/55409.html>

Zusammengestellt und übersetzt von Jan Matti Dollbaum

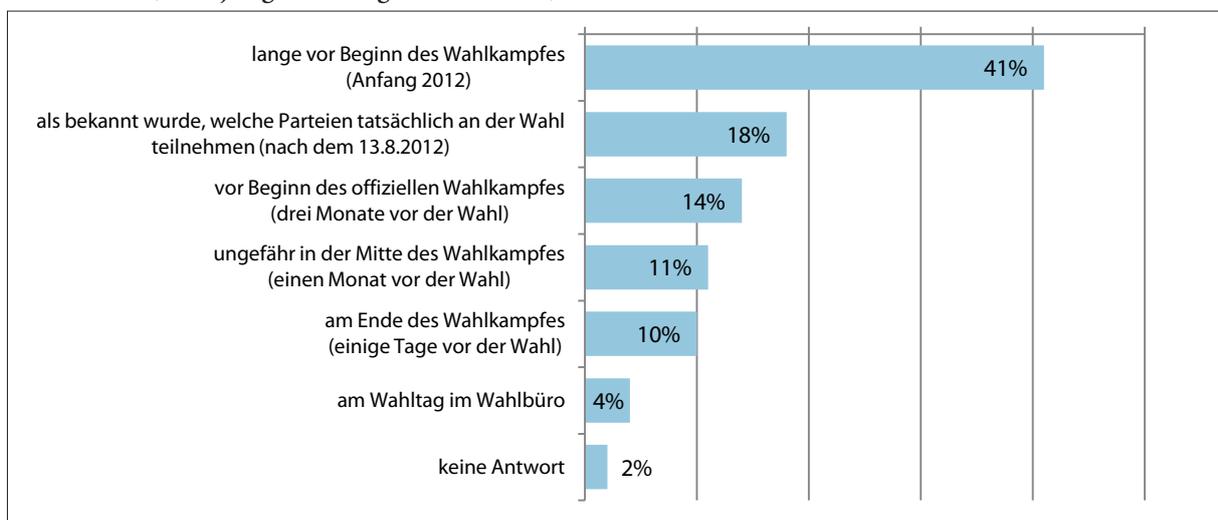
Umfragen zur Parlamentswahl

Grafik 1: Warum haben Sie an der Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012 teilgenommen?
(% derjenigen, die abgestimmt haben, mehrere Antwortmöglichkeiten)



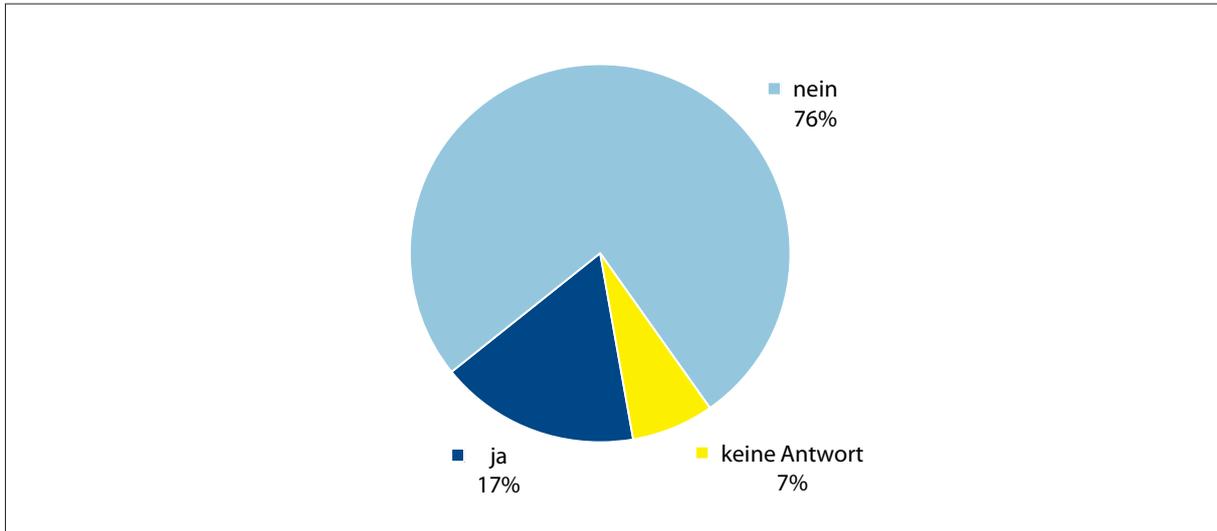
Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012,
<http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

Grafik 2: Wann haben Sie entschieden, für wen Sie bei der Parlamentswahl abstimmen werden?
(% derjenigen, die abgestimmt haben)



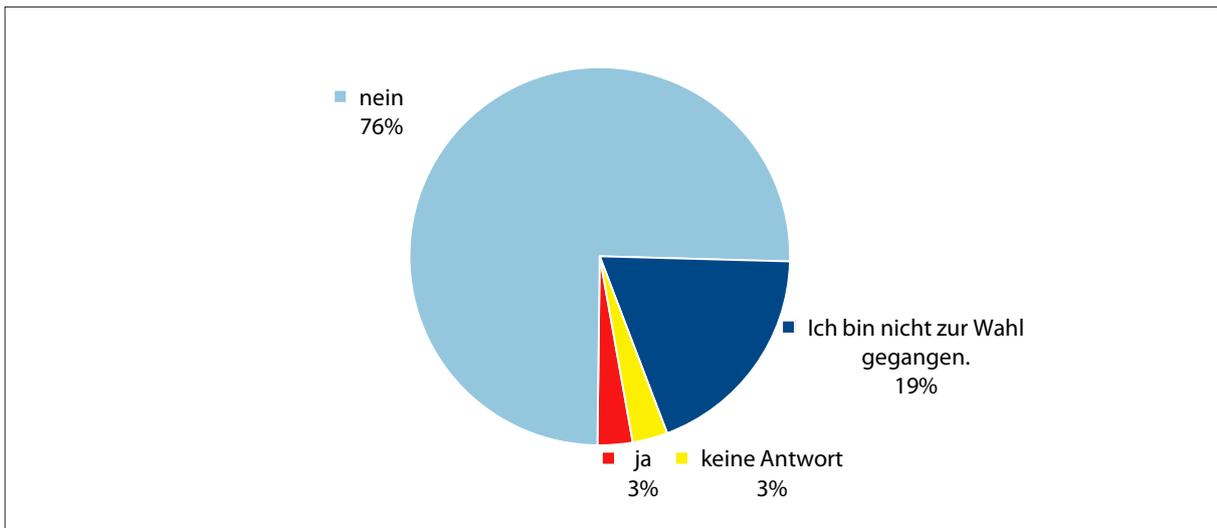
Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012,
<http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

Grafik 3: Wenn es bei der Parlamentswahl die Möglichkeit gegeben hätte »gegen alle« zu stimmen, hätten Sie diese dann genutzt? (% derjenigen, die abgestimmt haben)

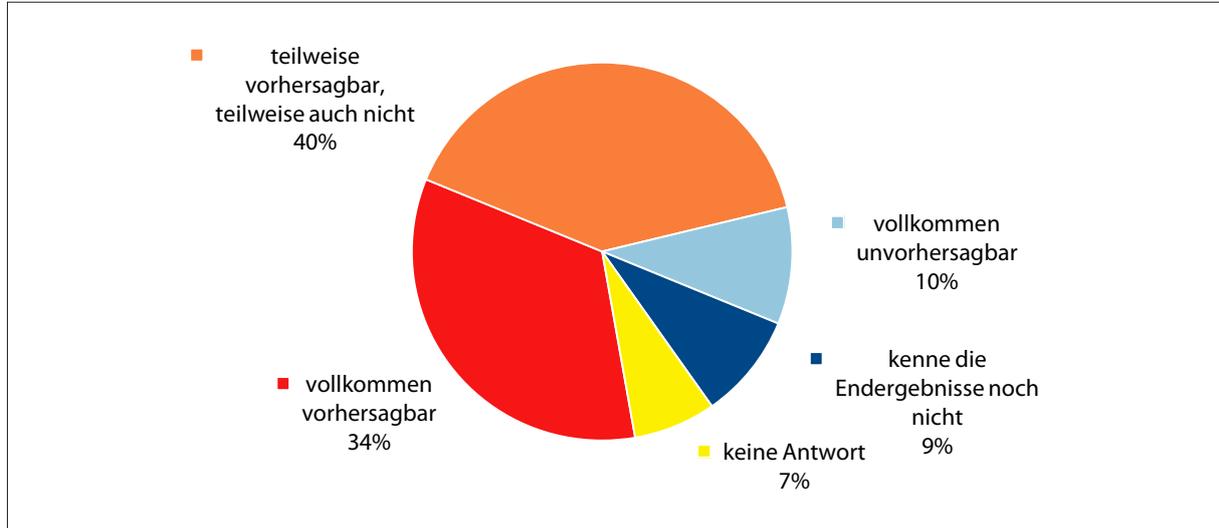


Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

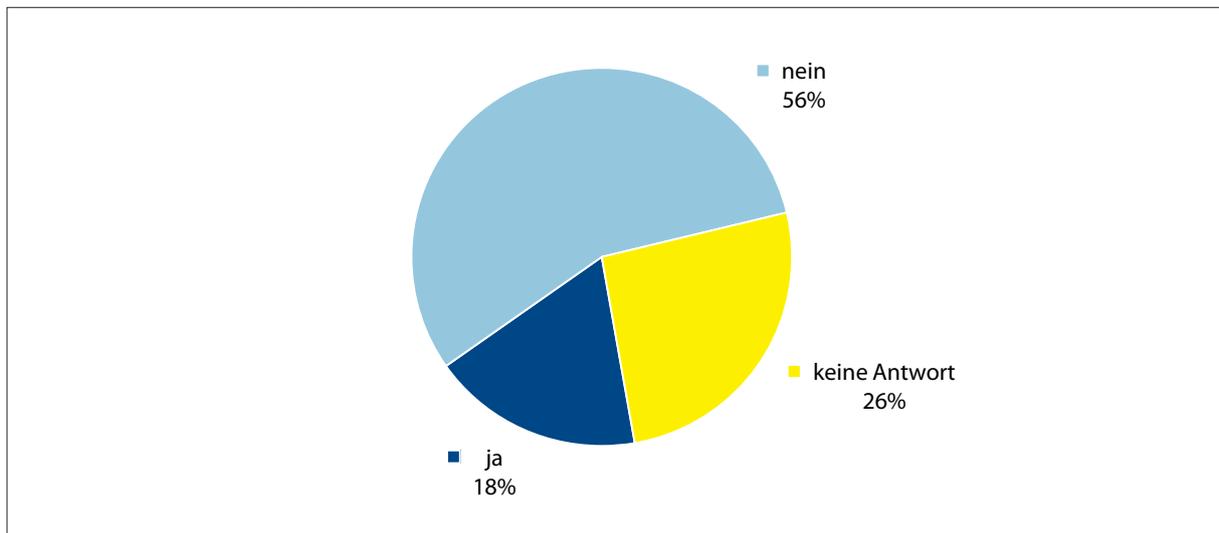
Grafik 4: Sind Ihnen persönlich am Wahltag Wahlrechtsverletzungen begegnet?



Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

Grafik 5: In welchem Maße waren die Ergebnisse der Parlamentswahl vorhersagbar?

Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012,
<http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

Grafik 6: Werden die oppositionellen Parteien ihre Wahllisten »annullieren« und auf ihre Mandate verzichten?

Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 6. bis 16. November 2012,
<http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8661/>

Im Februar 2012 wurde die Ausstellung »Ukrainischer Körper« kurz nach ihrer Eröffnung wieder geschlossen und auch das die Ausstellung beherbergende Zentrum für visuelle Kultur an der Kiewer Mohyla Akademie musste auf Beschluss der Akademieleitung vorübergehend seine Türen schließen. Das Ereignis schlug große Wellen in der Presse, auch in der deutschsprachigen (z. B. in der österreichischen Zeitung »Der Standard«, <http://derstandard.at/1329870496526/Ende-eines-Kulturzentrums-Kiew-Kein-Raum-fuer-den-ukrainischen-Koerper>).

Aus diesem Anlass präsentieren wir im Folgenden zwei Kommentare zu diesem Ereignis, in denen die Autoren ihre persönliche Meinung zum Ausdruck bringen. Einige der gezeigten Kunstwerke finden sich auf der Seite des Magazins Art Ukraine (<http://www.artukraine.com.ua/articles/812.html>).

Umgang mit alternativer Kunst: Die Ausstellung »Ukrainischer Körper« an der Mohyla Akademie

Von Serhij Hirik, Kiew

Einleitung

Die Ausstellung »Ukrainischer Körper«, um die es im Folgenden geht, sollte drei Wochen lang gezeigt werden, vom 7. bis zum 28. Februar 2012. Bereits drei Tage nach Eröffnung wurde sie am 10. Februar wieder geschlossen. In der Ausstellung wurden Werke von 18 zeitgenössischen Künstlern aus der Ukraine präsentiert, die hauptsächlich aus Kiew stammen. Unter den Teilnehmern waren Jewhenija Bjelorsez, Oksana Brjuchowezka, Oleksandr Wolodarskyj, Nikita Kadan und Sascha Kurmas. Organisiert wurde die Ausstellung vom Zentrum für visuelle Kultur, einer Einrichtung für Wissenschaft und Kunst, die für ihre Unabhängigkeit bekannt ist, Teil der Nationalen Universität »Kiewer Mohyla-Akademie« war und sich zu dieser Zeit auf deren Gelände befand. Auf der Ausstellung wurden Werke unterschiedlicher Gattungen gezeigt (Fotografie, Grafik, Skulptur, Installationen); sie sollten auf offene Weise den Körper und Körperliches thematisieren und dabei frei von konservativen Vorstellungen sein. Dies führte zu einer heftigen Reaktion der Universitätsführung, die offen orthodoxe Werte vertritt.

Druck von der Universitätsleitung

Die Schließung der Ausstellung »Ukrainischer Körper« und die darauf folgenden repressiven Maßnahmen der Leitung der Kiewer Mohyla-Akademie gegenüber dem Zentrum für visuelle Kultur waren keine Überraschung. Illusionen über die künstlerischen/politischen/kunstpolitischen Vorlieben des derzeitigen Präsidenten der Universität, Serhij Kwit, hatte sich sowieso niemand gemacht. Die vorangegangenen Versuche der Universitätsführung, das Zentrum für visuelle Kultur aus seinen Räumlichkeiten zu vertreiben sowie dort geplante Diskussionsveranstaltungen zu verhindern (beispielsweise indem niemand auf das Gelände der Universität gelassen wurde, der keinen Ausweis der Mohyla-Aka-

demie besaß), deuteten bereits darauf hin, dass weitere Angriffe auf diese Struktur zu erwarten waren. (Fälle inneren Drucks hatte es übrigens auch früher schon gegeben, noch vor der Präsidentschaft Serhij Kwits).

Nachdem der hörige Universitätssenat der Mohyla-Akademie sich fast einvernehmlich für einen Arbeitsstopp und folglich auch für die endgültige Schließung des Zentrums ausgesprochen hatte (der einzige Professor, der dagegen stimmte, war Mychajlo Sobuzkyj), waren viele aufgebracht und auch diejenigen, die sich bisher nicht zur Frage der Schließung geäußert hatten, unterstützten nun das Zentrum. Das heißt, sie unterstützten es stillschweigend, meist ohne Teilnahme an den Protestaktionen, aber mit entsprechenden Einträgen und Hinweisen auf analytische Ressourcen auf Facebook und in anderen sozialen Netzen und Blogs.

Ein Gegenspieler der Unterstützer des Zentrums war die nationalistische Partei Swoboda (Freiheit). Sie organisierte am 27. Februar parallel zur Aktion für die Verteidigung des Zentrums für visuelle Kultur ein »Gegen-Meeting« zur Unterstützung des derzeitigen Präsidenten der Akademie.

Die Ausstellung als guter Vorwand

Die Aktionen der Öffentlichkeit, die über den Kreis der Angestellten und Sympathisanten des Zentrums für visuelle Kultur hinausgingen, wie z. B. auch die Briefe und Petitionen zur Verteidigung des Zentrums (von zahlreichen ukrainischen und international anerkannten Intellektuellen wie Slavoj Žižek, Jacques Rancière, Michel Onfray, Artur Żmijewski, Serhy Yekelchuk, John-Paul Himka, Timothy Snyder und vielen anderen), wurden auf der Sitzung des Universitätssenes am 29. März 2012 als »bewusste Schädigung des Rufs der Mohyla-Akademie« und »öffentliche Diskreditierung ihrer Kollegen« bezeichnet. Sie schufen um die Führung der Mohyla-Akademie und insbesondere

um Kwit eine Atmosphäre, die nur noch zwei Schritte zuließ: den Rücktritt oder die Vernichtung des Gegenspielers trotz des angeschlagenen Rufes.

Dass sich der Universitätssenat bei den Repressionen des Zentrums fast einhellig Kwit anschloss und sich dabei – trotz ideologischer Divergenzen zwischen dem liberalen und dem konservativen Teil der Professorenschaft – nur als gefügiges Werkzeug in den Händen der Obrigkeit herausstellte, signalisierte erneut den Zustand der akademischen Freiheit an dieser Universität. Es wurde wieder deutlich, dass sich junge Intellektuelle – nicht nur jene mit linken Einstellungen, sondern auch jene, die einfach nur nicht mit den Methoden der Leitung einverstanden sind – neue Orte für die wissenschaftliche und künstlerische Selbstverwirklichung suchen müssen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde bekannt, dass Kwit einer der Hauptideologen und Anführer der rechtsradikalen Gruppierung »Stepan Bandera – Dreizack« war. Gleichzeitig ist er Autor eines apologetischen Buchs über den nationalistischen Ideologen und Propagandisten des Faschismus in der Ukraine Dmytro Donzow und trat dieses Jahr auf der Ausstellung »Volkskrieg« neben dem Leiter der Kiewer örtlichen Organisation der Allukrainischen Vereinigung Swoboda, Andrij Iljenko, auf. Kwit scheint nicht der Ansicht zu sein, dieses Verhalten erklären oder rechtfertigen zu müssen.

In den ersten Wochen nachdem Kwit mit den Worten »Das ist keine Ausstellung, sondern ein Scheißdreck« die Türen zu den Räumlichkeiten des Zentrums für visuelle Kultur geschlossen hatte, gingen zahlreiche Presseberichte zum »Ukrainischen Körper« und über den »Stopp der Tätigkeit« des Zentrums durchs Internet. Unklar ist, ob die Administration der Mohyla-Akademie solch einen Rückhall in der Presse erwartet hatte, aber ihre Reaktion war voller Komik und die Formulierungen, die in der Mitteilung vom März über die Schließung des Zentrums für visuelle Kultur verwendet wurden, wirkten gedankenlos.

Hier soll noch einmal speziell auf die »Verwechslung akademischer Kriterien mit einem ideologisch-politischen Vorhaben« eingegangen werden – ein Vorwurf, der vor der Schließung gegen das Zentrum erhoben wurde. Es ist klar, dass die im Zentrum für visuelle Kultur organisierten Veranstaltungen zu sozialen Themen schon von Natur aus politisch sein müssen. Genau darin kann man einen weiteren Grund für die Schließung des Zentrums sehen. Der Skandal um den »Ukrainischen Körper« war schlicht ein geeigneter Vorwand.

Erstens war dort zunächst ein Auftritt des Historikers Grzegorz Rossoliński-Liebe geplant, der dann wegen der Schließung des Zentrums abgesagt werden konnte. Die Allukrainische Vereinigung Swoboda hatte

bereits zwei andere Auftritte dieses Wissenschaftlers verhindert, der von nationalistischen Aktivisten wie liberalen Historikern in der Ukraine scharf kritisiert wird. Zweitens verhinderte die Schließung des Zentrums weitere Veranstaltungen – unter anderem eine internationale Konferenz zum Thema Feminismus. Die besondere Empfindlichkeit der Rechtsradikalen gegenüber Gender- und insbesondere feministischen Themen ist allgemein bekannt. Das Zentrum für visuelle Kultur wurde so zum Dorn im Auge der örtlichen Rechtsradikalen und forderte sie zu einer Reaktion heraus. Die Beschuldigung der Pornografie war dabei wohl der einfachste Vorwand für Repressionen: Die Grenzen dieses Begriffs sind überaus verschwommen und »Kämpfer« gegen Pornografie sind im traditionalistisch gesinnten Teil der Bevölkerung hoch angesehen.

Vorwurf der Pornografie

Vorrangig auf neofaschistischen Webseiten wurde die Ausstellung »Ukrainischer Körper« als Pornografie und das Zentrum selbst als »Mittelpunkt der Liederlichkeit« bezeichnet. Die gängigen Floskeln – »Propaganda für Homosexualität«, »Pseudokunst«, »degenerierte Kunst« usw. – dienen dazu, die traditionalistisch ausgerichteten Anhänger von Swoboda und die ihnen ideologisch nahestehenden Strukturen zu verschrecken. Die Autoren dieser Kommentare haben die Ausstellung wohl kaum selbst gesehen.

Die aufgebrachte Reaktion des Ehrenpräsidenten der Mohyla-Akademie Wjatscheslaw Brjuchowezkij kam unerwartet. Am 21. März 2012, eine Woche vor der Schließung des Zentrums, sagte er in einem Interview der Nachrichtenagentur UNIAN gegenüber:

»Alle haben sich aus irgendeinem Grund auf diese Pornografie gestürzt [...]. Aber eigentlich ist die Frage eine ganz andere. Es geht hier um die Frage der Qualität. Niemand vermochte eine Einschätzung darüber abzugeben, von welcher Qualität diese Arbeiten sind. Die Qualität dieser Ausstellung kann man so beschreiben: Sowas bekommen wir auf Toiletten von Bushaltestellen in Bezirkszentren zu sehen. Das ist keine Übertreibung. Solche »Künstler« gibt es. Aber ein seelischer Knacks, Syndrom psychischer Perversität, darf nicht in einem Ausstellungsraum gezeigt werden. Geht ins Pawliwsker Krankenhaus, macht dort eine Ausstellung ... Da kann euch geholfen werden. Was hat die Universität damit zu tun? Warum denken sie, dass außer ihnen auch jemand anderes Lust hat, ihre »intellektuellen« Exkremente zu beschnüffeln? Beschnüffelt euch selbst und diskutiert die Frage, die euch eine eurer eigenen, ganz charakteristischen Arbeiten gestellt hat – sie ist einfach eine Schlüsselarbeit für die ganze sogenannte Ausstellung: »Ist es schädlich, Scheiße zu fressen?«

Allein die Tatsache, dass einer der einflussreichsten Vertreter der Mohyla-Akademie derartige Positionen vertritt, zeugt von einem weiteren Verfall des Raums intellektueller Freiheit und dem nächsten Schritt ihrer Führung nach rechts. Der Präsident selbst kann sich bereits nicht weiter nach rechts bewegen: rechts von ihm ist nur die Wand.

Fazit

Aus den Ereignissen rund um den »Ukrainischen Körper« und das Zentrum für visuelle Kultur, das sich jetzt an einem anderen Ort befindet (im Kino »Showten«), kann man einige unerfreuliche Schlussfolgerungen ziehen. Erstens gibt es nun einen Ort für freien, sozial engagierten Gedankenaustausch unter dem Dach der Mohyla-Akademie weniger. Zweitens hat sich die Freiheit für Aktivitäten anderer Orte für die Zukunft deutlich verringert. Drittens besteht nun ein Präzedenzfall

direkten administrativen Drucks und der Repression von höchster Ebene gegen eine strukturelle Unterabteilung. Viertens könnten die rechtsradikalen Kräfte, insbesondere die Allukrainische Vereinigung Swoboda im Laufe der Zeit einen Sieg davontragen und versuchen, ihren Einfluss in der Akademie zu erhöhen, auch wenn man hoffen möchte, dass die dortige Atmosphäre das nicht zulässt. Auf jeden Fall muss auf solche Vorfälle wirklich reagiert werden, das gilt vor allem für jene, die eine direkte Verbindung zur Mohyla-Akademie haben, aber auch für die gesamte akademische und kulturelle Gemeinschaft. Eine wirklich solidarische, deutliche und aktive Reaktion haben wir jedoch nicht erlebt. Und das ist die fünfte unerfreuliche, möglicherweise die unerfreulichste Schlussfolgerung, denn sie zeugt davon, dass wir alle noch einen Schritt nach rechts in Richtung Wand gemacht haben.

Übersetzt aus dem Ukrainischen von Jenny Alwart

Über den Autor:

Serhiy Hirik, Historiker und Philologe, ist Doktorand am M. Hrushevsky Institut für ukrainische Paläografie und Quellenforschung an der Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Sein Forschungsinteresse liegt in der Geschichte linker Bewegungen in Osteuropa und moderner rechtsextremer Bewegungen. Er lebt und arbeitet in Kiew. Der Text erschien erstmals in der ukrainischen Zeitschrift Krytyka, Nr. 3, 2012. Er wurde übersetzt und leicht geändert.

KOMMENTAR

»Insel der Freiheit« oder Insel der »Freiheit«? Aktuelle Entwicklungen an der Kiewer Mohyla-Akademie

Von Oleksandra Bienert, Berlin

Akademie als »Insel der Freiheit«

Seit der Neugründung 1991 galt und gilt die Kiewer Mohyla-Akademie als ein wichtiges Zentrum des kritischen akademischen Diskurses. Insbesondere die historische Fakultät und die dortige Geschichtsvermittlung haben den Ruf der Fortschrittlichkeit. Dort gibt es kritische Stimmen, wie die berühmte Professorin Natalja Jakowenko, die als eine der ersten in der Ukraine den Gedanken der Multikulturalität für ein Geschichtsbuch entwickelte, oder solche – auch im Westen bekannte – Historiker wie Wladislaw Hrynewytsch, die innovative methodologische Ansätze verfolgen. Darüber hinaus existiert an der Fakultät seit 2003 ein interdisziplinäres Programm zum Judaica-Studium, 2012 eröffnete man darauf basierend ein gleichnamiges Magisterprogramm.

Schließlich wurde im November 2012 das erste in der Ukraine zertifizierte Programm für Roma-Studien

eröffnet und für den 11. Dezember ist ein Vortrag des bekannten linken Denkers Roberto Unger aus Brasilien zum Thema »Die Ukraine, Europa und die Linken« angekündigt. Seit dem Machtantritt von Wiktor Janukowytsh gilt die regierungskritische Akademie außerdem verstärkt als »Insel der Freiheit« (siehe dazu mehr in dem Beitrag von Andreas Umland in [Ukraine-Analysen Nr. 98](#)).

Zeitgleich zur Verfestigung des Images einer kritischen Bildungseinrichtung und einer »Insel des kritischen Denkens in der ukrainischen Bildungslandschaft« geschahen in den letzten Jahren und geschehen in letzter Zeit immer häufiger Ereignisse an der Akademie, die eine gewisse »rechte« Tendenz aufweisen.

Akademie als Bühne für rechtsradikale Angriffe

Seit 2010 häufen sich Angriffe auf die Mitglieder der Mohyla-Abteilung der studentischen Gewerkschaft

»Prjama dija« (Direkte Aktion) und linker Initiativen, die an der Akademie ansässig sind. So haben Unbekannte im Oktober 2010 versucht eine Versammlung von »Prjama dija« zu stören. Am 20. November 2010 haben zehn maskierte Rechtsradikale die Filmvorführung von »Boys don't cry« (die Geschichte eines Transsexuellen) mit anschließender Diskussion über Hate Crime im Zentrum für visuelle Kultur angegriffen, welche zusammen mit der für die Rechte der LGBT engagierten Kiewer NGO »Insight« veranstaltet wurde. Der Präsident der Akademie Serhij Kwit veranlasste keine Aufklärung des Falls. Am 10. Dezember 2010 fand der nächste Angriff statt, diesmal außerhalb der Akademie: Neonazis störten eine u. a. vom Zentrum für visuelle Kultur organisierte Demo gegen Menschenrechtsverletzungen.

Im Jahr darauf wurden Aktivisten, die am Internationalen Tag gegen Homophobie (17. Mai 2011) in der Ukraine eine friedliche Aktion unter dem Titel »Tag des Schweigens« veranstalteten, von Unbekannten angegriffen. Die Veranstaltungen am 17. Mai wurden auch 2012 zum Ziel von Angriffen: An diesem Tag verhinderten Mitglieder der rechtspopulistischen Partei Swoboda (Freiheit) die Vorführung des Films »Milk« (Biographie von Harvey Milk, einem US-amerikanischen Bürgerrechtler der Schwulen- und Lesbenbewegung) in der Amerikanischen Bibliothek der Akademie. Nur zwei Tage später, am 19. Mai 2012, wurde eine vom Zentrum für visuelle Kultur organisierte Fotoausstellung von Jewhenija Belorusez über den Alltag homosexueller Familien in der Ukraine von zwei Rechtsradikalen zerstört. Allein im Herbst 2012 fanden zwei weitere Übergriffe auf die studentische Gewerkschaft »Prjama Dija« statt. Am 26. September 2012 wurde eine von ihr initiierte studentische Versammlung zur Besprechung der schlechten Beheizung der Akademie von Mitgliedern der Partei Swoboda angegriffen. Das Swoboda-Mitglied Oleksij Kurinnyj, der als Dozent an der Akademie arbeitet, berichtete laut »Prjama dija« mit großer Freude über die »Taten der adäquaten Mohylaner, [...] die bei dieser Aktion die Antimohyla-Degeneraten gestoppt haben«. Ein weiterer Angriff fand am 2. Oktober 2012 auf Gewerkschaftsmitglieder statt, die von einer Aktion zur Unterstützung der Studenten in Winnyzja zurückkamen. Keiner dieser Übergriffe wurde von der Akademieleitung öffentlich verurteilt. Die Polizei, die in einigen Fällen schnell reagierte, befragte zwar die Beteiligten, eröffnete aber keine Verfahren wegen sogenannter »Hass-Verbrechen«. Die Übergriffe wurden als »Hooliganismus« eingestuft.

Diesjährige Eröffnungsvorlesung in der Akademie

Die hier kurz beschriebenen Übergriffe, deren Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wur-

den zwar von der Presse wahrgenommen, aber von der Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft bis zur – im Artikel von Serhij Hirik in dieser Ausgabe ausführlich beschriebenen und auch international besprochenen – Schließung des Zentrums für visuelle Kultur an der Akademie nicht als bedrohlich eingestuft. Vielmehr wurde die Öffentlichkeit durch einen Skandal um Prof. Serhij Bilokin aufmerksam.

Bilokin ist Historiker und führender wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Er wurde von der Leitung der Mohyla-Akademie ausgewählt, das neue Studienjahr am 1. September 2012 mit einem Vortrag zu eröffnen. Gleichzeitig wurde ihm der Ehrendokortitel verliehen. In den Jahren zuvor waren prominente Historiker und Sozialwissenschaftler wie Prof. Jaroslaw Hryzak, der polnische Historiker und Dissident Adam Michnik, der französische Philosoph Paul Ricoeur und andere zu diesem Anlass in die Akademie eingeladen worden. Die Einladung von Bilokin sorgte in breiten Kreisen für Empörung und Widerstand, weil er in seinem Werk »Zwanzig Jahre der jüdischen Staatlichkeit 1918–1938 in der Ukraine« antisemitische Äußerungen macht und vom »Jüdisch-Bolschewistischen Staat« spricht.

Bilokins Vorlesung selbst enthielt zwar keine antisemitischen Punkte, aber allein die Einladung eines solch dubiosen Historikers war für die Öffentlichkeit ein Hinweis darauf, dass die Akademieleitung seine Ansichten zumindest toleriert. Die Vorlesung wurde von mehreren Protestbriefen verschiedener NGOs und Protesten der »Prjama dija« mit Plakaten wie »Antisemitismus ist barbarisch« im Saal der Vorlesung begleitet. Der Versuch von »Prjama dija« nach dem Vortrag einen Kommentar bei Bilokin über seine antisemitischen Äußerungen zu bekommen wurde vom stellvertretenden Akademieleiter unterbrochen und blieb erfolglos.

Diese beiden Ereignisse – der Vortrag von Bilokin und die Schließung des Zentrums für visuelle Kultur – wurden von vielen als Schlüsselereignisse wahrgenommen.

Positionierung der Akademieleitung

An der Akademie sind scheinbar einige Gruppen ansässig, deren rechtsradikale oder nationalistische Aktionen toleriert werden – anders kann man das Schweigen seitens der Leitung zu den genannten Vorfällen nicht erklären. So existiert beispielsweise an der Akademie offiziell eine nationalistische studentische Organisation mit dem Namen »Ukrainischer Student«, die sich während der Angriffe der letzten Zeit auf das Zentrum für visuelle Kultur stärker und aktiver positionierte. Auf der Internetseite der Organisation finden sich Hinweise auf Veranstaltungen wie »Ukrainische Opfer von Babij

Jar« oder ein heroisches Gedicht mit dem Titel »Nachtigall« – dies war der Name eines aus ukrainischen Nationalisten bestehenden Bataillons der Wehrmacht. Beraten wird die Organisation von Oleksij Kurinnyj. In der Satzung des »Ukrainischen Studenten« kann man lesen, dass die »Förderung nationaler ukrainischer Ideen« zu ihren Zielen gehört. Die Zeitung dieser Organisation trägt den Namen »Feuer der Idee« und macht für sich Werbung mit einem Zitat des Anführers der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« Stepan Bandera. Indem die Akademieleitung dem »Ukrainischen Studenten« Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, macht sie deutlich, wer u. a. an der Akademie willkommen ist.

Darüber hinaus kündigte der Ehrenpräsident der Mohyla-Akademie, Wjatscheslaw Brjuchowezkij, vor den Parlamentswahlen Ende Oktober 2012 an, die rechtspopulistische Partei Swoboda bei den Wahlen zu unterstützen. Der seit 2007 amtierende Präsident der Akademie, Serhij Kwit, war früher eines der aktiven Mitglieder der nationalistischen Organisation »Tryzub« (Dreizack) und ist für seine Vorliebe für rechte Ideologien bekannt.

Gesamtkontext nach den Parlamentswahlen

Diese Ereignisse sind keine Ausnahme in der Ukraine, die sich auf dem Weg der Selbstfindung und der Suche nach nationaler Identität befindet. Dies konnte man besonders gut bei den vor kurzem abgehaltenen Parlamentswahlen beobachten. Die rechtspopulistische Partei Swoboda erlangte dieses Mal über 2.100.000 Wählerstimmen und zog erstmalig mit 37 Sitzen ins ukrainische Parlament ein. Andreas Umland hat in den [Ukraine-Analysen Nr. 109](#) die Wählerschaft dieser Partei bereits kurz skizziert. Die Ukraine befindet sich im Prozess der Findung ihrer nationalen Identität und einige Ukrainer fühlen sich derzeit offensichtlich von einer teilweise anti-ukrainischen Regierungspolitik bedroht.

Die offizielle »Pro-Ukraine«-Selbstdarstellung ist vermutlich für viele der Swoboda-Wähler das Entscheidende, wichtiger als Freiheit der Meinungsäußerung und andere Freiheiten der Person. Einen Grund hierfür nennt Wjatscheslaw Lichatschew, wenn er von fehlender Sensibilisierung der ukrainischen Gesellschaft für »manche politische Mindeststandards« spricht. Die große Stimmenzahl und schließlich der Einzug Swoboda ins ukrainische Parlament haben auch eine gewisse legitimierende Funktion für rechte Tendenzen in der ukrainischen Gesellschaft. Seither können xenophobe Aktionen von Swoboda, wie bspw. der »Marsch gegen illegale Migration« vom 16.11.2012 in Charkiw, auf dem nationalsozialistische Parolen gerufen wurden, nicht mehr als etwas »Außenstehendes« betrachtet werden. Swoboda ist spätestens jetzt ein fester Bestandteil der ukrainischen Gesellschaft. Dies führt uns zurück zur Mohyla-Akademie: Das Verhalten der pro-ukrainischen Akademie bei der Schließung des Zentrums für visuelle Kultur und bei Angriffen auf kritische linke Initiativen auf ihrem Gelände reiht sich in den gesamtukrainischen Kontext einer verstärkten »Nationalisierung« von einigen Teilen der ukrainischen Gesellschaft, die dabei Einschränkungen der Freiheiten einer Person zulassen, ein.

Fazit

Die Kiewer Mohyla-Akademie ist noch längst keine Insel der »Freiheit« (»Swoboda«), aber es gibt dort freiheitsgefährdende Tendenzen, wenngleich die studentische Gewerkschaft »Prjama dija« dort arbeiten kann und auch im Studium Wert auf Qualität und differenzierte Zugänge gelegt wird. Es bleibt aber fraglich, wie die »Insel der Freiheit« eine solche Insel bleiben kann, ohne die Freiheit der Meinung auf ihrem Gelände zu schützen. Mit ihrer Unterstützung für Swoboda bestärkte die ukrainische Gesellschaft die Akademie in ihrem Handeln.

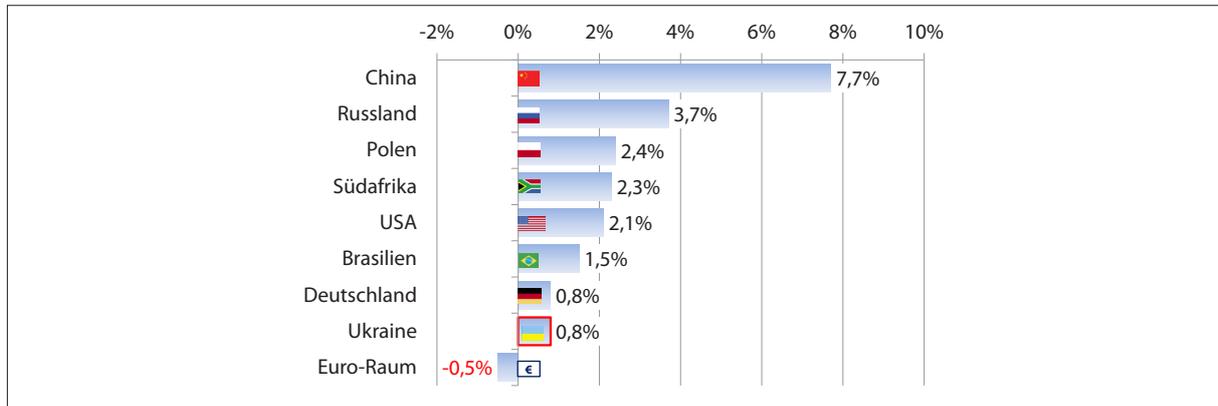
Über die Autorin:

Oleksandra Bienert (M.A. Public History) ist freie Wissenschaftlerin und zivilgesellschaftliche Aktivistin. Sie vertritt die ukrainische Zeitschrift »Krytyka« in Deutschland.

STATISTIK

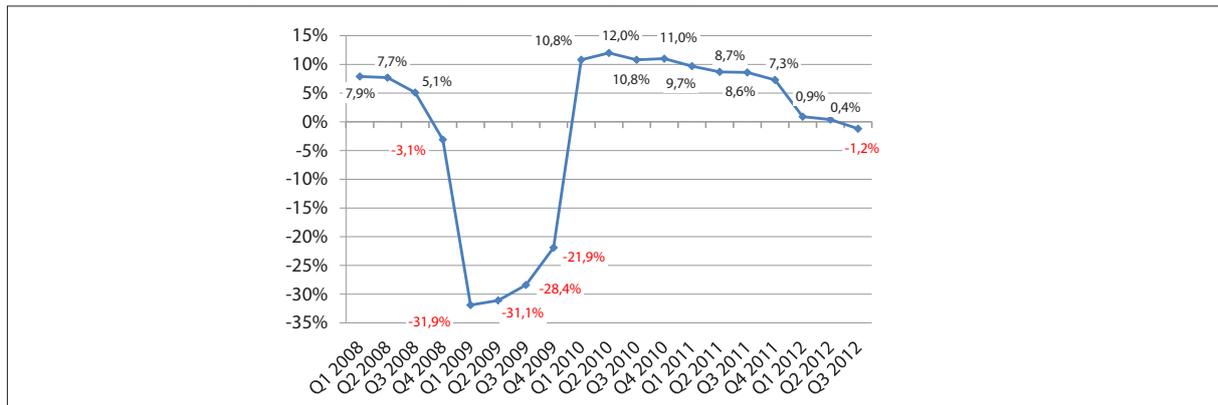
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr



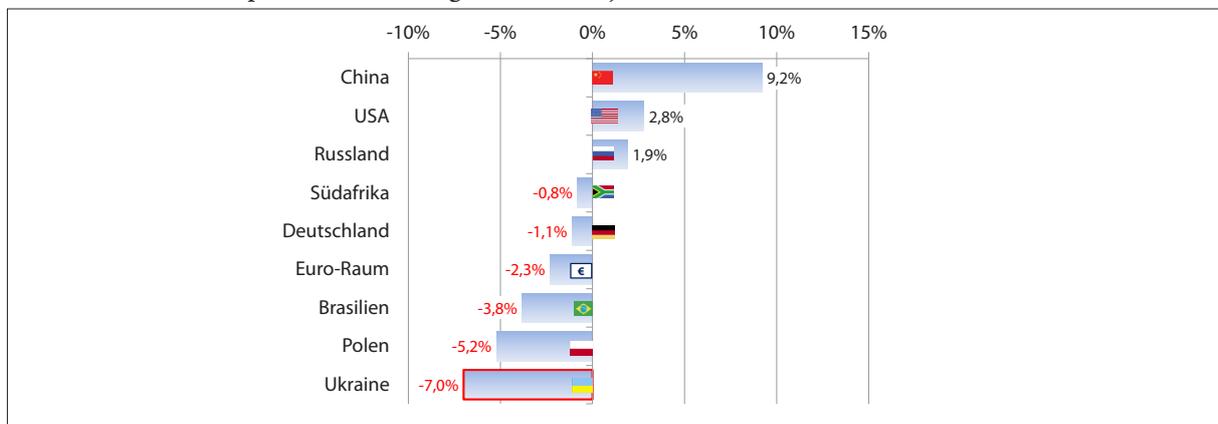
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com>, 1.12.2012.

Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresquartal



Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

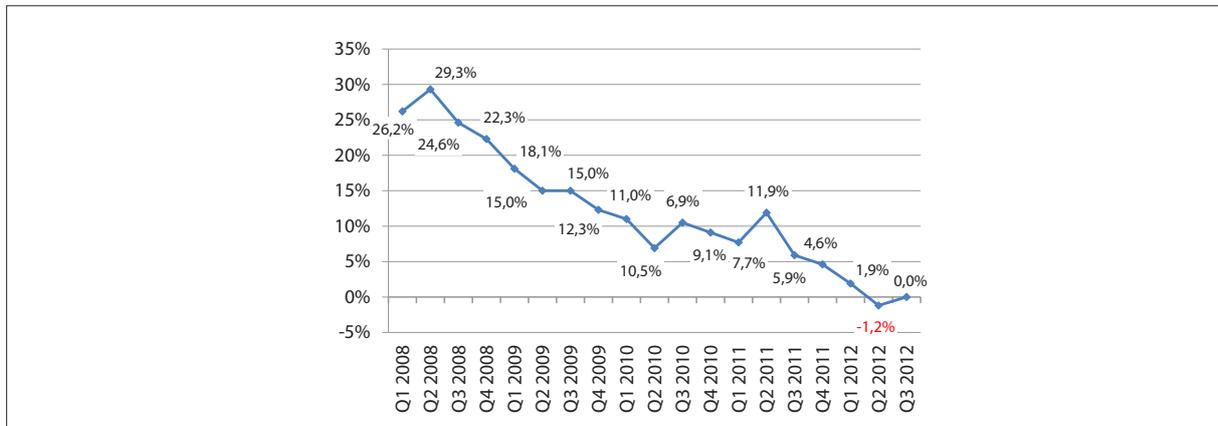
Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat



Anmerkung: Angaben für September 2012.

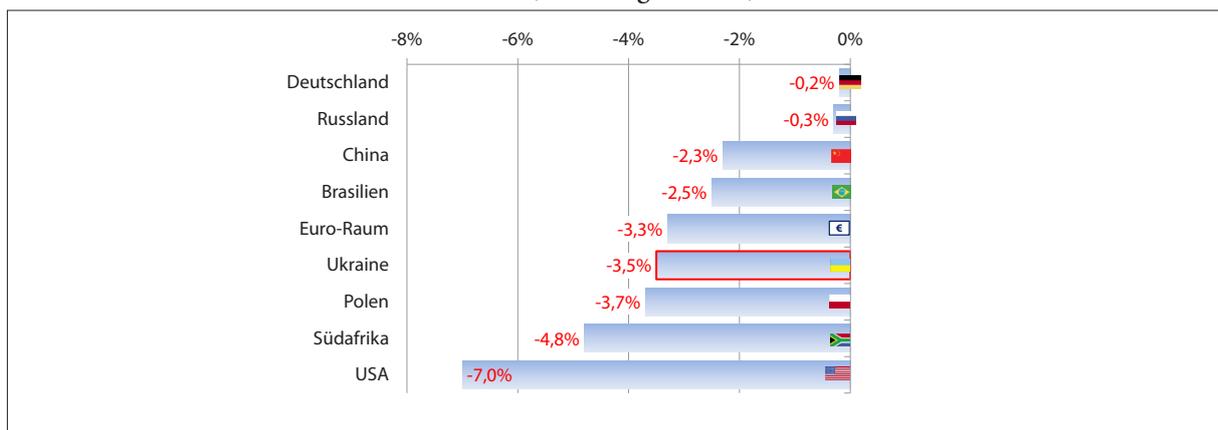
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com>, 1.12.2012.

Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)



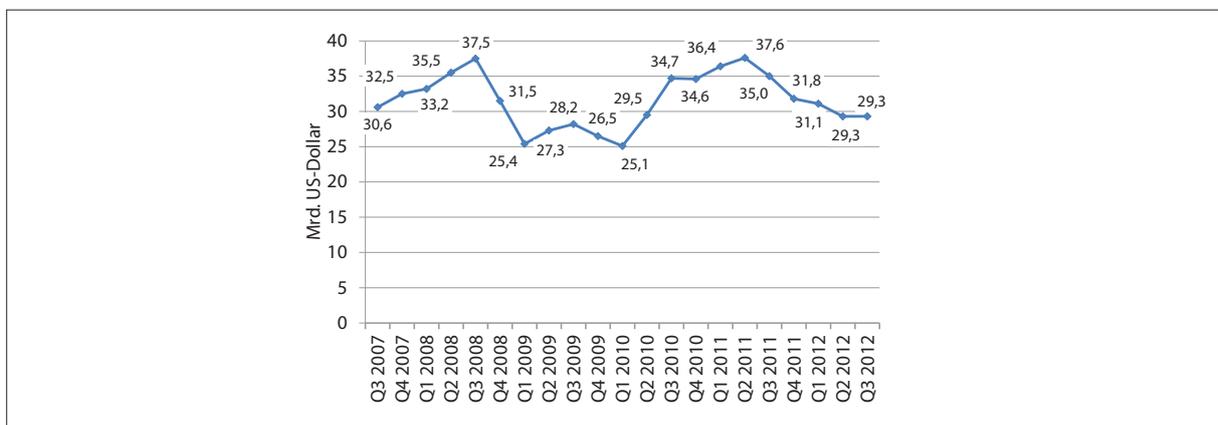
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2012)



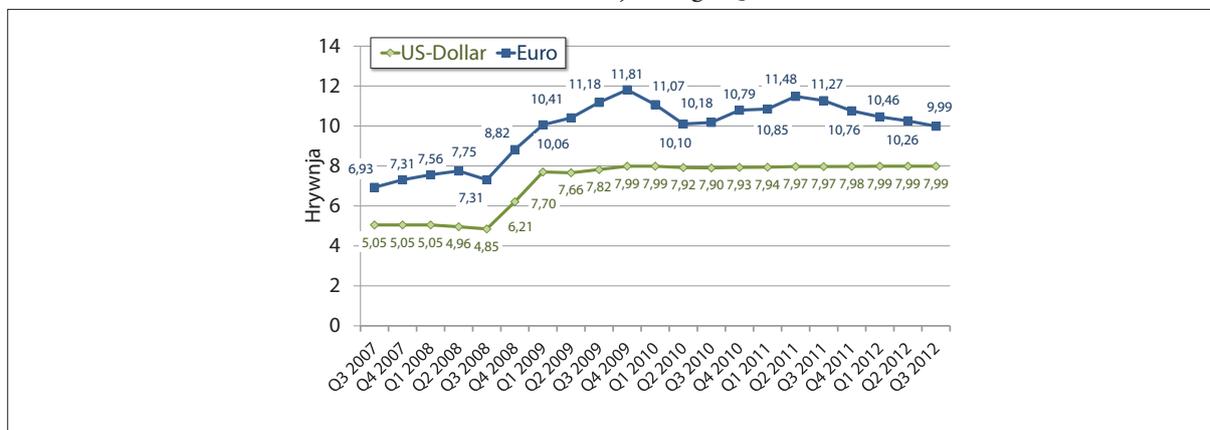
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com>, 1.12.2011.

Grafik 6: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar



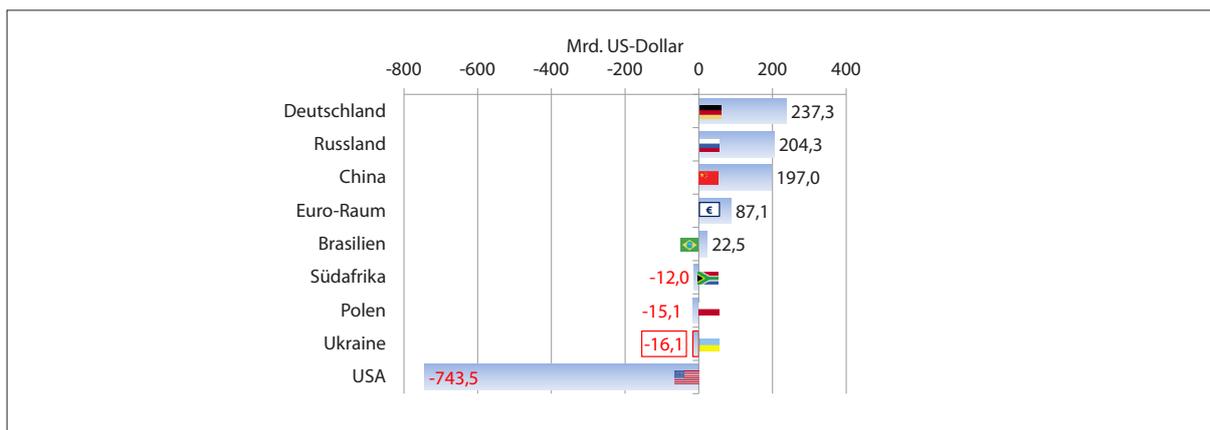
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

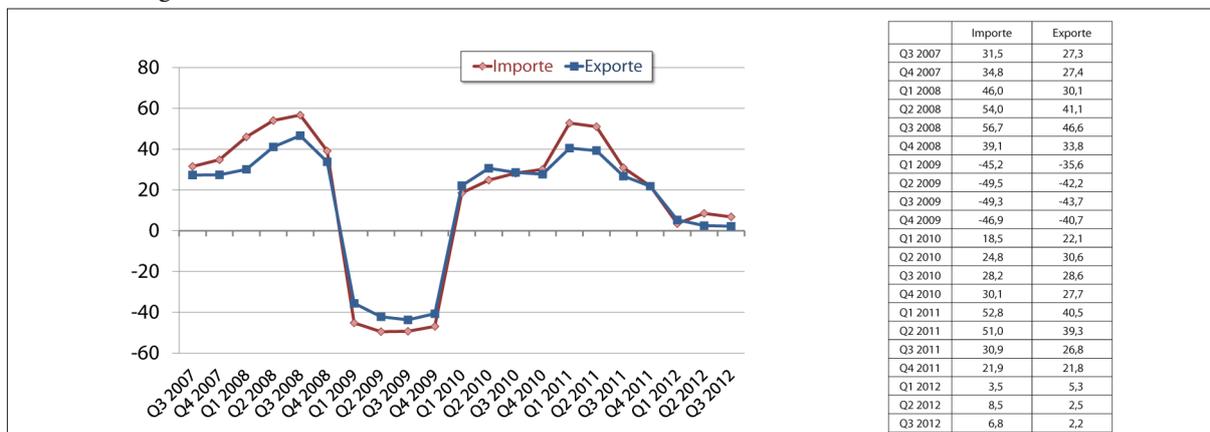
Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahlen für September 2012

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com>, 1.12.2012

Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahresquartal (gemessen in Mio. US-Dollar, %)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Vom 15. November bis zum 11. Dezember 2012

| | |
|------------|---|
| 15.11.2012 | Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko beendet nach 17 Tagen ihren Hungerstreik, mit dem sie gegen die Fälschung der Ergebnisse der Parlamentswahl protestiert hatte. |
| 20.11.2012 | Im Parlament fehlen vier Stimmen für ein Gesetz, dass die Erziehung im Kindergarten auch in Sprachen der nationalen Minderheiten ermöglichen würde. |
| 20.11.2012 | Bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 wurden 8 der 18 Regierungsmitglieder als Abgeordnete ins Parlament gewählt. 7 von ihnen reichen deshalb ihre Rücktrittsgesuche als Minister ein. Dazu gehören Ministerpräsident Mykola Asarow, Sozialminister Serhij Tihipko, der Minister für Infrastruktur Borys Kolesnikow, Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk, der Minister für Regionalentwicklung Anatolij Blysnjuk, Justizminister Oleksandr Lawrynowytsch und Katastrophenminister Wiktor Baloha. Wirtschaftsminister Petro Poroschenko sagt überraschend, dass er solch ein Gesuch nicht eingereicht habe. |
| 20.11.2012 | Das von Präsident Wiktor Janukowytsch am 8.11.2012 mit einem Veto abgelehnte Gesetz »Über den Schutz persönlicher Daten« wird nach Korrekturen mit 252 Stimmen vom Parlament angenommen. Ebenfalls nach einem Veto des Präsidenten und entsprechenden Korrekturen wird das Gesetz über die biometrischen Pässe angenommen (mit 243 Stimmen). |
| 20.11.2012 | Die neue Strafprozessordnung tritt in Kraft. Sie führt u. a. Geschworenengerichte und den Hausarrest ein. Des Weiteren müssen Rechtsanwälte von nun an als solche registriert sein. |
| 20.11.2012 | Das Parlament stimmt mit 269 Stimmen für die Verlängerung des Moratoriums auf den Verkauf von Land bis zum 1.1.2016. Die erste Lesung hatte bereits am 9.12.2011 stattgefunden. |
| 23.11.2012 | In Kiew finden unter Beteiligung der vier Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma, Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowytsch, die zentralen Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Holodomor, der Hungerkatastrophe von 1932/33, statt. |
| 23.11.2012 | Aufgrund ihrer Wahl ins Parlament werden die Präsidentenberaterin Anna Herman und der Stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung aus ihren bisherigen Ämtern entlassen. Am Tag zuvor waren bereits der Leiter der Steuerbehörde Ihor Kaletnik und der Stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Nestor Schufrytsch, aus demselben Grund entlassen worden. |
| 23.11.2012 | Der aserbaidjanische Botschafter in Kiew, Eynulla Madatli, gibt bekannt, dass sein Land ab Ende 2017 pro Jahr 2 Mrd. m ³ Gas an die Ukraine liefern wird (mit einem geplanten Anstieg auf 5 Mrd.), wobei dieses Gas um mindestens ein Drittel billiger sein wird als das russische. |
| 27.11.2012 | Der Präsident Georgiens, Michail Saakaschwili, kommt zu einem Besuch nach Kiew, allerdings hält sich Präsident Wiktor Janukowytsch zu dieser Zeit in Doha auf. |
| 28.11.2012 | In Anwesenheit von Ministerpräsident Mikola Asarow und des Energieministers Jurij Bojko wird ein Konsortialvertrag mit dem spanischen Energieunternehmen »Gas Natural Fenosa« über 1,1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet, in dem sich Fenosa verpflichtet, den Bau eines Flüssiggasterminals am Schwarzen Meer zu übernehmen. Kurz darauf stellt sich heraus, dass der Unterzeichner der spanischen Seite nicht zur Unterzeichnung befugt war. |
| 3.12.2012 | Ministerpräsident Mykola Asarow und die gesamte Regierung reichen ihren Rücktritt ein. Die Minister führen zunächst ihre Geschäfte fort. Das Parlament soll noch in diesem Jahr in seiner konstituierenden Sitzung einen neuen Ministerpräsidenten einsetzen. Als Begründung für diesen Schritt wird die Wahl des Ministerpräsidenten und einiger Minister zu Abgeordneten bei der Parlamentswahl angegeben. |
| 4.12.2012 | Die EU nimmt die Ukraine in die Liste der Drittländer auf, die Geflügelprodukte und Eier in die EU importieren dürfen. |
| 5.12.2012 | Im Korruptionsindex von Transparency International, der die Wahrnehmung von Korruption misst, erreicht die Ukraine Platz 144 von insgesamt 176, gemeinsam mit Syrien, der Republik Kongo, Kamerun, Bangladesch und der Zentralafrikanischen Republik. |

| | |
|------------|---|
| 6.12.2012 | Das Parlament verabschiedet eine Gesetzesänderung, die es den Parlamentariern verbietet, für einen nicht anwesenden Abgeordneten mitabzustimmen und die Sitzungen z. B. durch eine Blockade der Rednertribüne zu stören. |
| 6.12.2012 | Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz 2013. Dieses war am 3.12.2012 eingebracht worden, kurz bevor die Regierung von Präsident Wiktor Janukowytsch entlassen worden war. Darin wird mit einem Anstieg des BIP um 3,4% gerechnet, mit einer Inflation von 4,8% und einem Gaspreis von 421 US-Dollar pro 1.000m ³ . |
| 7.12.2012 | Die Vereinigte Opposition einigt sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten: die derzeit inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Partei Vaterland, Julija Tymoschenko. |
| 9.12.2012 | Präsident Wiktor Janukowytsch schlägt dem Parlament Mykola Asarow als Ministerpräsidenten vor. Dieser hatte am 3.12.2012 sein Rücktrittsgesuch eingereicht. |
| 10.12.2012 | Der Erste Stellvertretende Generalstaatsanwalt, Rinat Kusmin, beschwert sich in einem Brief an US-Präsident Barack Obama vom 3.12.2012, dass der amerikanische Botschafter ihn am 19.10.2012 über die Nicht-Verlängerung seines Visums informiert habe. |
| 11.12.2012 | Arsen Awakow kehrt in die Ukraine zurück. Gegen den ehemaligen Gouverneur der Region Char-kiw und Vorsitzenden der Regionalabteilung von Vaterland war im Januar 2012 ein Haftbefehl wegen unrechtmäßiger Veräußerung von Land erlassen worden, woraufhin er in Italien festgenommen, aber nicht ausgeliefert und dann wieder entlassen wurde. Als gewählter Abgeordneter genießt er nun Immunität. |

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Judith Janiszewski

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Oleksandra Bienert: Der Fall Olaolu Femi in der Ukraine: Alltägliches Rassismus und eine korrupte Justiz

Dem Opfer eines Hassverbrechens in der Ukraine droht für seine Notwehr eine bis zu lebenslängliche Freiheitsstrafe. Am 13. Dezember 2012 findet die nächste Gerichtsanhörung in diesem Fall in Luhansk statt.

In der Ukraine existiert alltäglicher Rassismus, die Gerichte sind korrupt und die Polizei zeigt Willkür. All dies findet sich im Fall »Olaolu Femi«. Da sich der Prozess dem Ende zuneigt ist es dringend erforderlich, dass Vertreter der deutschen Regierung jetzt öffentlich Position beziehen und so Druck auf die ukrainischen Behörden ausüben.

Rosa Luxemburg Stiftung, <http://www.rosalux.de/news/38870/der-fall-olaolu-femi-in-der-ukraine-alltaeglicher-rassismus-und-eine-korrupte-justiz.html>

Andrij Portnov, Tetjana Portnova: Die »jüdische Hauptstadt der Ukraine«. Erinnerung und Gegenwart in Dnipropetrovs'k

Ekaterinoslav (heute Dnipropetrovs'k) war im 19. Jahrhundert eines der bedeutendsten jüdischen Zentren im Russischen Reich. Im 20. Jahrhundert wurde die jüdische Gemeinde stark dezimiert; Mitte der 1980er Jahre schien sie kurz vor dem Aussterben, seit den 1990er Jahren erlebt sie jedoch eine unerwartete Renaissance. Unter Leitung des der Chabad-Bewegung angehörenden Oberrabbiners Shmuel Kaminetzky und gefördert von privaten Mäzenen blühte das jüdische Leben in der Stadt wieder auf. Heute zeugen davon nicht nur neue Gedenkstätten, sondern auch Schulen, wiedereröffnete Synagogen und an prominentester Stelle das jüngst eingeweihte »größte jüdische Zentrum der Welt« Menora. In allgemeinen Darstellungen der Stadtgeschichte kommt die jüdische Geschichte allerdings nach wie vor kaum vor.

Zeitschrift Osteuropa 10/2012, Mikrogeschichte. Juden in Polen und der Ukraine, 152 S., 10 €, zu beziehen über die DGO, <http://www.osteuropa.dgo-online.org/order>

Mykola Rjabčuk: Prekäre Autokratie. Stillstand und Wandel in der Ukraine

Auf Viktor Janukovyčs Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2010 folgten nicht die angekündigten Reformen, sondern eine Rückkehr zum Autoritarismus. Der Präsident und seine Partei der Regionen haben seither dramatisch an Zustimmung verloren. Die Opposition profitierte davon jedoch wenig. Im Parlament spielt sie heute kaum noch eine Rolle, bei den Kommunalwahlen 2010 hat sie schlecht abgeschnitten. Die Zersplitterung der politischen Kräfte spielt den Machthabern in die Hände und wird aktiv von ihnen gefördert. Dennoch wird Janukovyč nach den Parlamentswahlen im Oktober wohl einen Kompromiss mit der Opposition suchen müssen – sofern er nicht auf ein »Lukašenka-Szenario« setzt.

Zeitschrift Osteuropa 9/2012, Im Blick. Rumänien, Ukraine, Ungarn, 168 S., 10 €, zu beziehen über die DGO, <http://www.osteuropa.dgo-online.org/order>

Hannes Adomeit: Integrationskonkurrenz EU–Russland. Belarus und Ukraine als Konfliktfelder

Die Europäische Union und Russland bezeichnen ihre Beziehungen als »strategische Partnerschaft«. Kooperation und Konflikt existieren nebeneinander. Doch insbesondere in der gemeinsamen Nachbarschaft ist eine Integrationskonkurrenz im Gange. Die EU versucht, mit der Östlichen Partnerschaft Werte, Normen und Praktiken zu exportieren. Russland bemüht sich mit zahlreichen Projekten um eine Re-Integration des postsowjetischen Raumes. Die Fälle von Belarus und der Ukraine zeigen, dass Moskau deren Selbstisolation, wirtschaftliche Schwäche sowie die Abhängigkeit von billigen Energielieferungen aus Russland zu nutzen versucht, um sie enger an sich zu binden. Die Integrationsprojekte der EU und Russlands schließen sich gegenseitig aus.

Zeitschrift Osteuropa 6–8/2012, Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland, 560 S., 15 Karten, 53 Abb., 32 €, zu beziehen über die DGO, <http://www.osteuropa.dgo-online.org/order>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de